

Geplanter Schnellverkauf der ehemaligen JVA zielt unter anderem auf Aus für Soziales Zentrum

Die von SPD, CDU, FDP im Bauausschuss vom 20.04.23 eingebrachte Beschlussvorlage für den Verkauf der ehemaligen JVA im Direktvergabeverfahren zielt unmissverständlich auf ein Aus für das Soziale Zentrum, den materiellen und sozialen Ausverkauf der Innenstadt sowie ungezügelter Gentrifizierung. Die Initiative Soziales Zentrum ist empört, dass die von Politik und Verwaltung in den letzten Jahren vertane Zeit nun gegen eine gesellschaftliche und fachliche Debatte um die Nutzung der ehemaligen JVA verwendet wird. Inhaltliche Kriterien sollen bei der Vergabe keine Rolle mehr spielen, nur noch Geld und Macht. Die Öffentlichkeit wird sich jetzt positionieren.

SPD, CDU und FDP versuchen ein schnellstmögliches Verkaufsverfahren für die JVA durchzudrücken, dass gar keine politischen Kriterien mehr vorsieht. Einzig relevante Bedingung für einen Käufer soll lediglich nachweisbare Erfahrung mit vergleichbaren Immobilien sein. In der Begründung wird noch erwähnt, dass ja das Dach auch angehoben werden könne – nachdem vor Monaten im Bauausschuss gegenüber der Initiative Soziales Zentrum noch gemahnt wurde, dass auf Grund des Denkmalschutzes noch nicht einmal Giebel eingezogen werden könnten.

„Wenn die Stadt diese weitere Immobilie nach der Devise an den Schnellsten, Reichsten und Mächtigsten verschleudert, ist dies eine Bankrotterklärung von Stadt und Politik. Wir sehen hier auch das ungeschminkte Vorhaben, die Initiative Soziales Zentrum als mögliche Betreiberin oder auch Käuferin der ehemaligen JVA auszuschließen“, empört sich Almut Schilling von der Initiative für ein Soziales Zentrum.

Mit verstörender Heftigkeit verfolgen CDU, SPD und FDP nun ihre Pläne. Allen voran der vehemente Auftritt von Herrn Feuerstein (CDU) gibt zu denken, wenn er für die nächste Sitzung schon den Beschluss ihrer Vorlage ankündigt. Eine Debatte und inhaltliche Auseinandersetzung ist hiernach nur noch Formalsache. Der Bauausschuss wirkt so wie ein lästiges Anhängsel der Mehrheitsparteien.

„Es gibt bereits viele Fragen und Skandale um Immobilieninvestoren und ihre Netzwerke bis hinein in die Politik, nachdem die Stadt Großbauprojekte aus der Hand gegeben und der Privatwirtschaft überlassen hat. Was sich nun hier abspielt, könnte die vorläufige Krönung sein“, so Almut Schilling weiter.

Mit einer Schnellvergabe ohne politische Kriterien kann in keinem Fall den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen oder gar ansatzweise entgegengekommen werden. „Alles bisherige bürgerschaftliche Engagement, unsere Konzeptarbeit, unsere Weiterentwicklungen werden missachtet. Was hier passiert ist ein Exempel für Gentrifizierung aller erster Klasse. Das zivilgesellschaftliche Engagement, das Gemeinwohl, die Interessen der Anwohner*innen und der soziale Zusammenhalt in der Stadt werden mit Füßen getreten“, stellt Anna Müller fest.

Für die Sitzung des gestrigen Bauausschuss war die Abstimmung über eine Vorlage der Verwaltung vorgesehen, die die beauftragte Machbarkeitsstudie für die ehemalige JVA als erledigt erklären und stattdessen ein Konzeptvergabeverfahren festlegen sollte. Nach Aufstellung von Kriterien und Jury hätte so ein Investor gefunden werden sollen. Die Initiative Soziales Zentrum hatte dieses geplante Verkaufsverfahren der städtischen Immobilie, für deren gemeinwohlorientierte und soziale Entwicklung Fördergelder in Millionenhöhe bisher ungenutzt bereitliegen, bereits heftig kritisiert.

Nachdem SPD, CDU, FDP die Mehrheitsverhältnisse im Bauausschuss vor wenigen Wochen zu ihren Gunsten verändert hatten, wollen sie nun mit Macht den Verkauf der JVA in Turbogeschwindigkeit durchsetzen.

Entschieden werden soll im kommenden Bauausschuss am 04.05.2023.

Die Initiative Soziales Zentrum erwartet weiteren Protest vieler demokratischer und emanzipatorischer Kräfte.

Göttingen, 21.04.23